

.....
Mitglied des Deutschen Bundestages

FRAGEN ZUR AKTUELLEN CORONAKRISE

Sehr geehrter Herr / Frau Abgeordnete(r),

Seit den im März 2020 von der Bundes- und den Länderregierungen getroffenen Maßnahmen befindet sich die Bundesrepublik wegen der Coronapandemie im sogenannten „Lockdown“, der in der Geschichte unseres Landes bisher einmalig ist und die gesamte Gesellschaft auf vielfältige Weise massiv beeinträchtigt.

Bis jetzt wurden von der Regierung keine klaren, nachvollziehbaren Kriterien für eine stufenweise Wiederaufnahme des öffentlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens und der Beendigung der Freiheits- und Grundrechtsbeschränkungen mitgeteilt. Es wurden lediglich einzelne Lockerungen beschlossen, diese aber wiederum begleitet von Verschärfungen, wie z. B. der Maskenpflicht.

Als betroffener Bürger bin ich gerne bereit diese Maßnahmen mitzutragen, soweit sie für mich transparent, plausibel und verhältnismäßig sind.

Beim kritischen Durchdenken und Hinterfragen des Regierungshandelns ergaben sich mir Ungeheimt- bzw. Unklarheiten, insbesondere an der Darstellung der offiziellen Zahlen und der Parameter zuerst für den „Lockdown“ und danach auch für die Lockerungsszenarien. Aus diesem Grund möchte ich Sie als Wahlkreisabgeordneter, der an den Entscheidungsfindungsprozessen beteiligt ist und dessen Ergebnisse mitträgt, bitten mir einige Hintergrundinformationen zu liefern und meine Fragen zu beantworten. Für Ihre Mühe bedanke ich mich vorab ganz herzlich.

Grundlage für den sog. Shutdown im März waren Infektions- und Todeszahlen, die, wie Prof. Drosten (der die Bundesregierung beratende Chefvirologe) mehrfach ausführte, vor allem auf sog. worst-case-Szenarien aufgrund von **Modellrechnungen** basierten, von denen er selbst meinte, dass diese „Annahmen“ nur geschätzt würden.

Nunmehr sind mehrere Wochen vergangen und die Einschätzung der konkreten Gefahrenlage scheint präziser durch valide Aussagen möglich. Prof. Streeck von der Uniklinik Bonn hat Anfang April eine erste **Studie** aus dem stark betroffenen Gebiet von Heinsberg vorgelegt, die eine deutlich niedrigere Sterblichkeitsrate von 0,37 % (vorherige theoretische Rate 1,8 %) und eine Immunität der Getesteten von 15 % ausweist.

Frage:

Wurden von der Bundesregierung weitere Studien veranlasst und wenn JA, welche bzw. wann werden deren Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt?

Seit Beginn der Krise weisen Fachleute, so Prof. John Ioannidis von der Stanford University oder Prof. Gerd Antes von der Universität Freiburg darauf hin, dass zur Einschätzung der tatsächlichen Gefährlichkeit und Ausbreitung des Virus regelmäßige und repräsentative Bevölkerungstichproben unverzichtbar seien. Demgegenüber hat der Chef des RKI, Herr Lothar Wieler am 3.4.2020 ohne Angaben von Gründen erklärt, eine repräsentative Stichprobe sei aus Sicht der Behörde „nicht zielführend“.

Frage:

Ist die Bundesregierung dieser Empfehlung der Fachleute gefolgt, und wenn JA, wie viele derartige repräsentative Stichproben werden / wurden mit welchen Ergebnissen gemacht?

Wenn NEIN, warum sind diese Stichproben nach Aussage des Herrn Wieler nicht zielführend und woher nimmt die Bundesregierung die Zahlen dann?

Frage:

Liegen aktuelle Feldforschungen vor, die den Infektionsweg dokumentieren können, d. h. sind Fälle bekannt, bei dem z. B. im Supermarkt infiziert wurde, zumal das dortige Personal seit Wochen ungeschützt bis zur Einführung der Maskenpflicht am 27.4.2020 gearbeitet hat?

Der Rechtsmediziner Prof. Klaus Püschel aus Hamburg hat eine Vielzahl von Obduktionen an Menschen, die positiv auf Corona getestet wurden, gemacht um wie er sagte „*Von den Toten zu lernen für die Lebenden*“. Er hat u. a. festgestellt, dass alle Verstorbenen mindestens eine schwere Vorerkrankung hatten, die früher oder später zum Ableben geführt hätte, alt waren bzw. an ganz anderen Ursachen verstorben sind. Kein Toter ist ausschließlich an Corona gestorben. Am Ende des Jahres würde diese Krankheit statistisch überhaupt keine Rolle spielen. Vielmehr würde alles dieser Infektion zugeschrieben, was einen völlig falschen Eindruck hervorrufen würde. Demgegenüber hatte das RKI ursprünglich angeordnet, dass Tote nicht untersucht werden sollen, obwohl man nur dadurch die genaue Todesursache feststellen kann.

Frage:

Nachdem Herr Prof. Püschel das vom RKI vorgetragene Argument der Infizierung durch Aerosole entkräftet hatte, werden laut Bundesregierung nunmehr auch an anderen Kliniken in Deutschland Obduktionen durchgeführt, wenn ja wo und mit welchen Ergebnissen?

Derzeit wird gemeldet, dass fast überall Betten in den Intensivstationen nicht belegt sind. Im Gegenteil, der Präsident der deutschen Krankenhausgesellschaft Gerald Gaß warnte vor Todesfällen wegen der Maßnahmen und wies darauf hin, dass wegen der Angst vor Corona mehr als 50 % aller deutschlandweit geplanten Operationen trotz Notwendigkeit abgesagt wurden. Beim Rettungsdienst würden sich 30–40 % weniger Patienten mit Herzinfarkt und Schlaganfall melden, nicht weil es weniger Erkrankte gibt, sondern weil viele Angst vor Corona hätten.

Demgegenüber hält Frau Bundeskanzlerin Merkel ihre Warnungen unverändert aufrecht: „Wir dürfen uns keine Sekunde in Sicherheit wiegen“, es dürfe kein „falsches Vorpreschen“ geben und kritisiert die „Öffnungsdiskussionsorgien“.

Frage:

Warum wird von der Bundesregierung die Angst weiter geschürt, obwohl das deutsche Gesundheitssystem sich als stabil erwiesen hat?

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den dramatischen Aussagen des Präsidenten der Krankenhausgesellschaft, dass notwendige Behandlungen nicht mehr vorgenommen werden?

Anfang März hatte Frau Merkel verkündet, dass erst, wenn die Zahl der Verdoppelung der Infizierten auf 14 Tage gehen würde, man von Entspannung reden könne. Als später die Verdoppelungszahl bei 20 Tagen lag, jetzt aktuell bei 35(!) meinte sie, dass es nun andere Kennzahlen gäbe, wie z.B. die Reproduktionszahl, d.h. die Zahl, die angibt, wie viele Menschen ein Infizierter durchschnittlich ansteckt. Wenn diese gegen 1 gehen würde, dann könne man wieder ein soziales und wirtschaftliches Leben entfalten. Sie bekräftigte, dass der Rückgang der Infektionen „sozusagen das Ergebnis der Kontaktbeschränkungen“ sei. Interessant dabei ist jedoch der RKI-Lagebericht vom 18.4.2020, wonach die Zahl der Neuerkrankungen aber schon seit dem 18.3.2020 kontinuierlich gesunken ist, nach Abzug der Inkubationszeit von fünf Tagen somit schon seit dem 13.3.2020. Die Kontaktsperre galt jedoch erst ab dem 23.3.2020. Anscheinend sind daher die politischen Maßnahmen **nicht die Ursache** der Trendwende. Trotzdem werden die Maßnahmen nur spärlich gelockert und teilweise verschärft, wie die medizinisch sehr umstrittene Einführung der Maskenpflicht zeigt und aktuell werden sogar Pflichtimpfungen diskutiert.

Frage:

Welche exakten und nachvollziehbaren Kriterien legt die Bundesregierung ihren aktuellen Entscheidungen zugrunde?

Mittlerweile schlägt auch der Vorsitzende der Süddeutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin Prof. Dr. M. Keller Alarm. Er fordert unbedingt das Kindeswohl in den Mittelpunkt zu rücken, da nach seinen Erfahrungen als Klinikarzt die Auswirkungen des sogenannten „shut-down“ dramatische Auswirkungen auf Kinder hätten.

Kinder würden kaum oder nur leicht erkranken und die aktuellen Daten zeigen, dass die Kinder die Erwachsenen nicht mit dem Virus anstecken würden. Die Influenza wäre viel gefährlicher. Er verlangt daher die Öffnung der Kindergärten und Schulen. Stattdessen hat Frau Merkel eine geplante Gesprächsrunde mit den Ministerpräsidenten über Lockerungsmaßnahmen vom 30.4. auf den 6.5.2020 verschoben, obwohl die meisten Coronaschutzverordnungen der Länder nur bis 3.5.2020 gelten.

Frage:

Warum wird augenscheinlich die Verabschiedung von Lockerungsmaßnahmen von der Bundesregierung verzögert? Bleiben solch dringende Appelle unerhört?

In Erwartung Ihrer geschätzten Antwort

Mit freundlichen Grüßen